

# zentralasien- analysen



[www.laender-analysen.de/zentralasien](http://www.laender-analysen.de/zentralasien)

## REGIONALORGANISATIONEN WAHLEN IN KIRGISTAN UND USBEKISTAN

■ GRUSSWORT		
	Grußwort von Dr. Klaus Mangold für die erste Ausgabe der Zentralasien-Analysen	2
■ ANALYSE		
	Regionalorganisationen in Zentralasien zwischen Integrationstheater und realer Kooperation Von Uwe Halbach, Berlin	3
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT		
	Karten und wichtigste statistische Daten zu Zentralasien	7
	Die Haupthandelspartner der zentralasiatischen Staaten	12
■ DOKUMENTATION		
	Parlamentswahlen in Kirgistan, 16. Dezember 2007	15
	Präsidentenwahlen in Usbekistan, 23. Dezember 2007	18
■ CHRONIK		
	Januar 2008	21

*Die Herausgeber danken dem Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft für die Finanzierung der Zentralasien-Analysen und der GTZ für eine großzügige Unterstützung.*



**Grußwort****Grußwort von Dr. Klaus Mangold  
für die erste Ausgabe der Zentralasien-Analysen**

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft



Auch wenn Deutschland und Zentralasien circa 60 Längengrade auseinander liegen, nimmt das Interesse Deutschlands an der Region seit einiger Zeit spürbar zu. Die Region ist mit einem durchschnittlichen Wirtschaftswachstum von 10 Prozent bereits heute eine der stabilsten Wirtschaftsregionen der Welt. Gleichzeitig öffnen sich die Märkte für die Weltwirtschaft. Die fünf Länder Kasachstan, Usbekistan, Turkmenistan, Kirgistan und Tadschikistan setzen in ihrer Wirtschaftspolitik auf die Diversifizierung ihrer Wirtschaften, die Förderung von Schwerpunktindustrien und -branchen und den Zufluss von Know-how und Investitionen. Mit ihrer wirtschaftlichen Modernisierung und der damit verbundenen Vertiefung der Wertschöpfung vor Ort, mit ihren rasant wachsenden Absatzmärkten sowie als bedeutende Energie- und Rohstofflieferanten besitzen sie ein gewaltiges Wachstumspotenzial. Die im vergangenen Jahr verabschiedete europäische Zentralasien-Strategie unterstreicht das auch seitens der EU insgesamt gewachsene Interesse an der Region und stellt einen idealen Ansatz für eine engere Kooperation mit den Ländern der Region dar.

Deutsche Unternehmen widmen der Region seit Jahren wachsende Aufmerksamkeit. Die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen entwickeln sich äußerst dynamisch, der Handel mit den fünf Staaten verdreifachte sich innerhalb von sechs Jahren: von 1,8 Mrd. Euro im Jahr 2000 auf knapp 5,4 Mrd. Euro im Jahr 2006. Inzwischen ziehen auch die Investitionen deutscher Unternehmen in die Region an und liegen derzeit bei rund 500 Mio. Euro. Schwerpunkte sind dabei die Bau- und Baumaterialienindustrie, die Landtechnik, die Nahrungsmittelverarbeitung sowie die Metallurgie. Deutschland genießt in der Region ein hohes Vertrauen, deutsche Produkte sind gefragt.

Um die wirtschaftliche Kooperation mit den Ländern Zentralasiens weiter dynamisch zu entwickeln, müssen wir diese Region und ihre Potenziale noch besser kennen. Vielfältige Informationen über die verschiedensten Bereiche des politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens helfen, die geographische Entfernung zu verkürzen. Die mit dieser Ausgabe beginnenden Zentralasien-Analysen der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde (DGO) und der Forschungsstelle Osteuropa der Universität Bremen (FSO) sollen diese Lücke füllen und dazu beitragen, die Region insgesamt und ihre Länder besser kennen zu lernen und zu verstehen. Aus diesem Grunde unterstützen deutsche Unternehmen über den Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft das neue Projekt »Zentralasien-Analysen« der DGO und FSO in seiner Startphase auch finanziell. Über die Zentralasien-Analysen werden aktuelle Informationen aus verschiedensten Bereichen der Region einem breiten Interessentenkreis zur Verfügung gestellt.

Ich wünsche den Machern des Informationsdienstes großen Erfolg und den Lesern viele neue Erkenntnisse, spannende Lektüre und zahlreiche Anregungen.

Dr. Klaus Mangold  
Vorsitzender des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft

## Analyse

## Regionalorganisationen in Zentralasien zwischen Integrationstheater und realer Kooperation

Von Uwe Halbach, Berlin

### Zusammenfassung

Die zentralasiatischen GUS-Staaten beteiligen sich seit ihrer Unabhängigkeit an verschiedenen Regionalorganisationen. Häufige Gipfeltreffen und ehrgeizig formulierte Ziele dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass reale Kooperation in Zentralasien zu wünschen übrig lässt. Wirtschaftlich wie sicherheitspolitisch dringend erforderliche Abstimmung findet kaum statt, auch existiert heute kein rein regionaler Zusammenschluss. Vor allem Russland und China sind so zu entscheidenden Akteuren für die Zukunft Zentralasiens geworden.

Im letzten Quartal des Jahres 2007 reihte sich ein Gipfeltreffen eurasisch-zentralasiatischer Regionalorganisationen und -initiativen an das andere: Am 6. Oktober 2007 tagten die Staatsoberhäupter der *Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft* (Eurasian Economic Community, EurasEC) in Duschanbe. Zwei Wochen später konferierte der Ministerrat der *Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit* (Economic Cooperation Organization, ECO), in der die zentralasiatischen GUS-Staaten und Aserbaidschan mit Staaten des Mittleren Ostens kooperieren, im afghanischen Herat. Am 2. November 2007 setzten sich die Premierminister der *Schanghai Organisation für Zusammenarbeit* (Shanghai Cooperation Organisation, SCO) in Taschkent zusammen. Einen Tag später hielt die *Zentralasiatische Regionale Wirtschaftskooperation* (Central Asia Regional Economic Cooperation, CAREC) ihre sechste Ministerkonferenz in Duschanbe ab. Mit diesem 1997 von mehreren internationalen Organisationen (ADB, IWF, EBRD u.a.) ins Leben gerufenen Programm soll die Zusammenarbeit der zentralasiatischen Staaten, Afghanistans und der Mongolei vor allem in den Bereichen Transport, Energie und Handel gefördert werden. In Berlin fand am 14. November 2007 eine Regierungsratssitzung des *Sonderprogramms für die Wirtschaftsräume Zentralasiens* (Special Programme for the Economies of Central Asia, SPECA) statt, einer 1998 von der UNO gestarteten Initiative zur Stärkung regionaler Wirtschaftskooperation in der Region. Bei den genannten Treffen lag der Fokus überwiegend auf ökonomischer Zusammenarbeit. Es ging um sektorale Strategien, Institutionen und Investitionen und um Vernetzungen zwischen regionalen Organisationen. So trafen sich in Istanbul Anfang Oktober 2007 erstmals die Sekretariate von EurasEC, SCO, CAREC und SPECA. Solche Verdichtung regionaler Aktivitäten in und um Zentralasien erweckt den

Eindruck, die Region stelle wieder – wie in längst vergangenen Jahrhunderten – ein Zentrum globaler Integration dar. Zudem war Zentralasien im Jahr 2007 ein Thema europäischer Außenpolitik. Unter der deutschen Ratspräsidentschaft wurde eine EU-Strategie für die Region erarbeitet.

Ist das nachsowjetische Zentralasien also eine herausragende Bühne für regionale und internationale Politik? Tatsächlich sind die zentralasiatischen Staaten mit der Ausnahme Turkmenistans Mitglieder in einer Vielzahl internationaler und regionaler Organisationen und Initiativen, in denen sich wirtschafts- und sicherheitspolitische Programme überschneiden. Unter diesen hat in letzter Zeit vor allem die *Schanghai Organisation für Zusammenarbeit*, in der zentralasiatische Staaten mit Russland und China kooperieren, internationale Aufmerksamkeit erregt. Anfangs als ein »Papiertiger« angesehen, wird sie zunehmend ernst genommen und gilt einigen Kommentatoren in puncto sicherheitspolitischer Kooperation gar schon als eine »NATO des Ostens«. Solche Bewertungen fallen oft von einem Extrem ins andere.

Die meisten der genannten Organisationen haben einen trans- oder interregionalen Radius, greifen also über die fünf zentralasiatischen Staaten hinaus, machen die Region zu einem Ausschnitt aus einem weiter gespannten eurasischen Rahmen. Auffällig ist das Fehlen einer Organisation, in der die fünf Staaten untereinander, nachbarschaftlich, ohne Beteiligung von Drittmächten kooperieren. Bis vor kurzem existierte mit der *Organisation für Zentralasiatische Kooperation* (Central Asian Cooperation Organisation, CACO) noch ein solches intraregionales Format. Es ging aus einer *Zentralasiatischen Wirtschaftszone*, später *Zentralasiatischen Union* (Central Asian Union, CAU) hervor, die 1994 zwischen Usbekistan, Kasachstan und Kirgistan

geschlossen und 1998 um das ehemalige Bürgerkriegsland Tadschikistan erweitert worden war. 2004 trat dann Russland bei, womit der intraregionale Rahmen bereits gesprengt war. Schließlich ging sie 2005 in der umfassenderen EurasEC auf, in der Russland und Belarus mit zentralasiatischen Staaten vor allem wirtschaftlich zusammenarbeiten. Dieser Werdegang steht für ein Experimentieren mit wechselnden Formaten, Umbenennungen, Statusveränderungen, für ein Integrationstheater mit immer neuen Aufführungen, hinter dem reale zwischenstaatliche Kooperation oft zurückbleibt. Er ist charakteristisch für Regionalisierung im postsowjetischen Raum, für Integrationsblasen, die dieser Raum seit der Gründung der GUS aufgeworfen und nur ungenügend mit Inhalt gefüllt hat.

### Geschichte und Probleme regionaler Integration in Zentralasien

Historisch lebte die Bevölkerung Zentralasiens in einem gemeinsamen Geschichtsraum, der durch diverse Reichsbildungen, den Unterschied zwischen nomadischen und sesshaften Kultur- und Wirtschaftszonen, die Zugehörigkeit zum islamischen Zivilisationsraum, aber vor dem 20. Jahrhundert nicht durch die Bildung ethnisch definierter Nationalstaaten markiert war. In der Ära nationaler und pan-nationaler Ideologien tauchten im 19. und frühen 20. Jahrhundert verschiedene Integrationskonzepte auf: transregionale wie Pan-Turkismus und Pan-Islamismus oder regionale wie Turkestanismus. Sie wurden von der Sowjetmacht unterdrückt, die ihr eigenes Konzept für die Integration dieser Region in ihr imperiales System verfolgte und sie in nationale Gebietseinheiten in Gestalt von Unionsrepubliken und nachgeordneten autonomen Gebietskörperschaften unterteilte. Mit dem Zerfall dieses Imperiums kehrten Konzepte wie der Turkestanismus zurück, konnten aber keine Ordnungsmacht entfalten. Im Vordergrund stand und steht vielmehr die Konsolidierung der unabhängig gewordenen Staaten und ihre postsowjetische Nationsbildung, also nationale, nicht regionale Souveränität.

Die Staatsführer waren bemüht, ihre Länder in internationale Strukturen wie die OSZE und regionale wie die ECO einzubringen, die über den Rahmen Zentralasiens und des GUS-Raums hinausreichten. Ihr Verhältnis zu regionaler Kooperation und multilateralen Bindungen war uneinheitlich: Während der kasachische Präsident Nasarbajew sein Land zum Mitglied möglichst vieler regionaler und internationaler Organisationen machte und mit dem Konzept einer *Eurasischen Union* vorstellig wurde, verordnete sein turkmenischer Amtskollege Nijasow (Turkmenbaschi) seinem Land Neutralität und Zurückhaltung gegenüber multilateralen Bindungen. Er schloss Turkmenistan gegenüber der Außenwelt ab und betrieb in dem abgeschotteten

Gehege seine eigene Vergötterung. Auch Usbekistan, das aufgrund seiner Bevölkerungszahl und geografischen Lage als das zentralasiatische Schlüsselland angesehen wurde, übte zunächst Zurückhaltung gegenüber Integrationsformaten, in denen ihm nicht die Rolle einer regionalen Führungsmacht eingeräumt wurde.

1994 bildeten Kasachstan, Usbekistan und Kirgistan wie bereits erwähnt eine regionale Wirtschaftszone, in deren Rahmen nachfolgend ein Rat der Staatspräsidenten, Räte der Regierungschefs, der Verteidigungs- und der Außenminister sowie eine Zentralasiatische Bank für Entwicklung und Kooperation gegründet werden sollten. Ziele sollten die Schaffung einer Freihandelszone und eines gemeinsamen Marktes, Intensivierung des regionalen Handels, Harmonisierung der Wirtschafts- und Finanzpolitiken, Kooperation beim Umweltschutz, multilaterale Regelung der Wassernutzung und der Nutzung von Energieressourcen sein. Gemeinsamer Umweltschutz und gemeinsames Wassermanagement bilden in Zentralasien wohl den herausragenden Imperativ für zwischenstaatliche Zusammenarbeit. Man deklarierte eine eigene »Zollunion«, die sich allerdings mit einer anderen »Zollunion« zwischen Russland, Belarus, Kasachstan und Kirgistan überschneidet.

Ende der 1990er Jahren wurden die Schwächen dieser Regionalorganisation immer deutlicher. Innerhalb des intendierten zentralasiatischen Wirtschafts- und Freihandelsraums driftete die Wirtschafts- und Finanzpolitik der Staaten auseinander. Anstelle offenerer Grenzen, harmonisierter Zollregulierungen und koordinierter Wirtschafts- und Finanzpolitik traten einseitige Grenzschließungen und gegenseitige Zollbarrieren. Das Handelsvolumen zwischen den vier beteiligten Staaten fiel von 1994 bis 2000 von 2,1 Mrd. auf 1,6 Mrd. US-Dollar und machte nur 7,3 % ihres Gesamthandels aus. Separation schien statt Integration der vorherrschende Trend zu sein und Beobachter fragten sich, ob das nachsowjetische Zentralasien überhaupt als eine Region anzusehen sei. Wirtschaftlich wuchs der Abstand zwischen den einzelnen Staaten hier wie in kaum einem anderen Abschnitt der GUS. Beim Bruttoinlandsprodukt pro Kopf der Bevölkerung übertraf der reichste Staat, Kasachstan, den ärmsten Staat der Region, Tadschikistan, bereits um das Siebenfache.

Nicht weniger wurde der Mangel an zwischenstaatlicher Kooperation auf sicherheitspolitischem Feld spürbar. Die in der »nationalen Abgrenzung« festgelegten, aber häufigen Änderungen unterworfenen Grenzen, mit denen die Sowjetmacht zwischen 1924 und 1936 Zentralasien in fünf Unionsrepubliken mit namengebenden Nationalitäten (Titularnationen) aufgeteilt hatte, wurden 1991 zu völkerrechtlich gültigen Staatsgrenzen. In der nachsowjetischen Entwicklung entstand ein Dilemma zwischen der Sicherheit und der Durchläs-

sigkeit dieser neuen Staatsgrenzen. Beides ist in hohem Maße erforderlich: Die Grenzen müssen angesichts neuer sicherheitspolitischer Herausforderungen wie des von Afghanistan ausgehenden Drogenhandels, illegaler Migration und grenzüberschreitender Tätigkeit islamischer Akteure gesichert sein. Sie können aber in einer Region wie dem Fergana-Tal im Länderdreieck zwischen Usbekistan, Kirgistan und Tadschikistan, in der die Bevölkerung auf grenzüberschreitende Kommunikation und Handel angewiesen ist, nicht – wie geschehen – einfach geschlossen oder gar vermint werden, ohne soziale, ethnische und politische Konflikte aufzuwerfen. Auch wenn es in Zentralasien nicht zu gewaltsamen Territorial- und Sezessionskonflikten wie im Kaukasus kam, wurde Grenzpolitik doch zu einem Problem. Regierungen schritten zu einseitigen grenzpolitischen Maßnahmen, die Rücksicht auf ihre Nachbarn vermissen ließen. Dies gilt besonders für Usbekistan, das an alle übrigen zentralasiatischen Staaten grenzt. Es hat aus sicherheitspolitischen Gründen Grenzabschnitte zu Tadschikistan und Kirgistan vorübergehend vermint, ohne die Regierungen der Nachbarn ins Benehmen zu setzen.

Hier wächst einer überregionalen Struktur wie der *Schanghai Organisation für Zusammenarbeit* eine Aufgabe zu. Sie entstand aus dem Grenzregelungsprozess zwischen China und seiner postsowjetischen Nachbarschaft und müsste die umfassende Verbesserung des Grenzmanagements zu einem Thema regionaler Kooperation in Zentralasien machen, zumal sie neue Herausforderungen wie Drogenhandel und Terrorismus in den Mittelpunkt ihrer sicherheitspolitischen Programmatik stellt. Auch internationale Organisationen sind an effektivem und konfliktfreiem Grenzmanagement in Zentralasien interessiert. Die EU hebt Zusammenarbeit auf diesem Sektor in ihrer neuen Zentralasienstrategie hervor und war schon zuvor durch Regionalprogramme wie den »Transport Corridor Europe Caucasus Asia« (TRACECA) in Probleme des grenzüberschreitenden Verkehrs in der Region involviert. Eine Studie der International Crisis Group stellte schon 2002 dazu fest: » Was benötigt wird, ist ein ganzheitliches Herangehen an Grenzfragen, bei dem Ausbildung, Monitoring und Expertise zur Verfügung gestellt werden. Keines dieser Länder verfügt über genügend Erfahrung für eine verlässliche Grenzsicherung, die gleichzeitig die Bewegung von Menschen und Gütern über Grenzen hinweg gestattet.«

### Europäische Integration als Vorbild?

Politiker und Wissenschaftler aus Zentralasien verweisen häufig auf das europäische Vorbild, wenn sie von regionaler Integration sprechen. Vor einigen Jahren wurde auf einer von der OSZE unterstützten Konferenz in Almaty die Frage diskutiert, inwieweit die Erfah-

rungen der Europäischen Union auf diese Region angewendet werden können. Ihr Resümee ist nach wie vor gültig: Die Übertragbarkeit ist äußerst begrenzt. Die Ausgangspunkte für Regionalisierung, die Verhältnisse im Europa nach dem Zweiten Weltkrieg und in Zentralasien nach dem Zerfall der Sowjetunion, sind grundverschieden. Eine Erfahrung ist allerdings durchaus übertragbar: Ein Integrationsprozess wie der in Europa erstreckt sich über Jahrzehnte und erfordert Geduld. Vor allem erfordert er ein funktionales Herangehen an Kooperation und Integration, das darin besteht, weiterführende Integrationsschritte nicht einfach zu deklarieren, ohne vorgeschaltete Schritte einigermaßen vollzogen zu haben. In Europa erwuchs der jahrzehntelange Integrationsprozess nach 1945 aus der Zusammenarbeit von Transformationsstaaten wie Deutschland und Italien mit gefestigten westeuropäischen Demokratien. In Zentralasien gibt es weder junge noch gefestigte Demokratien. Politik unterliegt hier im Wesentlichen autoritären, kaum transparenten oder rechenschaftspflichtigen Herrschaftsformen. Die politischen Systeme sind zentralisiert und personalisiert. Fast alle Entscheidungen werden auf höchsten Regierungsebenen, wenn nicht ausschließlich von einer Person im Rahmen von Präsidialautokratien getroffen. Die Bereitschaft, Entscheidungen mit anderen zu teilen, ist denkbar schwach ausgeprägt. Wenn im innenpolitischen Raum Macht- und Gewaltenteilung verpönt ist, kann sich im außenpolitischen Raum kollektive Entscheidungsfindung schwerlich entfalten. Ein Kommentator aus Usbekistan dazu: »Wenn zum Beispiel Präsident Karimow dem Volk von Usbekistan keinerlei Mitsprache bei der Frage, wie das Land zu regieren ist, einräumt, wie sollte er Regierungen in Kasachstan oder Tadschikistan irgendeine Mitsprache in dieser Hinsicht gestatten?« Ein anderer Unterschied: In Europa war der Anreiz für zwischenstaatliche Kooperation und Integration nach dem Zweiten Weltkrieg und den Erfahrungen mit exzessivem Nationalismus stärker ausgeprägt als im postsowjetischen Zentralasien, wo nun erstmals der unabhängige moderne Nationalstaat die Bühne betrat. Kein Wunder, dass die Machteliten hier vorerst stärker auf nationale Souveränität und Kontinuität amtierender Regime fixiert blieben. Für viele der »newly independent states« – und in diese Kategorie werden die GUS-Staaten noch heute eingeordnet – blieb territoriale Integration auf der nationalen Ebene die wichtigste Herausforderung, so etwa für Kirgistan mit einem bis heute anhaltenden politischen Gefälle zwischen seinen Nord- und Südprovinzen. Der Nationalstaat ist hier noch längst nicht konsolidiert und vorerst wohl kaum bereit, sich in Richtung regionaler Integration zu entwickeln. Zudem erweckt der Begriff »Integration« Erinnerungen an sowjetische Suprastaatlichkeit, von der man sich abzusetzen bemüht.

### Regionalisierung und »Great Game«

Einige der genannten Bündnisse liegen an der Schnittstelle zwischen Regionalismus und großer Geopolitik. Unter den regionalen und transregionalen Formaten, die sich in Mitgliederbestand und Programmen überlappen, ist die *Schanghai Organisation für Zusammenarbeit* derzeit die prominenteste. Hier kommen die beiden bedeutendsten auswärtigen Akteure in Zentralasien, Russland und China, zusammen. Die aus einem Prozess von Grenzregelung und Vertrauensbildung zwischen China und seiner exsowjetischen Nachbarschaft hervorgegangene Gruppierung wurde in eine formelle Regionalorganisation umgewandelt, die sich gegenüber Beobachterstaaten wie Iran, Pakistan, Indien und Mongolei öffnet. Wenn die »Schanghaier« auch betonen, dass ihre Kooperation sich nicht gegen Drittmächte richtet, trat doch in ihrer Zentralasienpolitik das Bestreben hervor, die seit 2001 bestehende Militärpräsenz der USA und anderer westlicher Akteure in der Region zu begrenzen. Gleichzeitig machten »eurasische« Akteure, so etwa in der *Organisation des Kollektiven Sicherheitspakts* (Collective Security Treaty Organisation, CSTO),

euro-atlantischen Organisationen Angebote interregionaler Kommunikation und Kooperation.

Zwei Fragen sind für die weitere Entwicklung entscheidend: Läuft dringend notwendige Regionalkooperation in Zentralasien Gefahr, zum Instrument eines »Great Game« zwischen »eurasischen« und »westlichen« Spielern zu werden? Wird im »eurasischen« Vektor der Entwicklung das Verhältnis zwischen Russland und China langfristig eher von Kooperation oder von Konkurrenz in Zentralasien bestimmt sein? China drängte in den letzten drei Jahren auf die Energiemärkte des weiteren Kaspischen Raums, vor allem nach Kasachstan. Im selben Zeitraum baute Russland seinen wirtschaftlichen und militärpolitischen Einfluss in der Region wieder deutlich aus, nachdem nach 2001 zunächst der Eindruck aufgekommen war, es überlasse sicherheitspolitische Initiativen nördlich von Afghanistan den USA. Die Zukunft wird zeigen, ob externe Akteure mit maßgeblichem Einfluss in Zentralasien willens und in der Lage sind, zur Verbesserung der Kommunikation und Kooperation zwischen den fünf Staaten in der »Region« beizutragen.

#### Über den Autor:

Uwe Halbach ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin.

#### Lesetipps:

- Roy Allison, Blockaden und Anreize. Autoritarismus und regionale Kooperation, in: *Osteuropa* 57(2007)8, 9, S. 257–276.
- Imomjon Bobokulov, Central Asia: is there an alternative to regional integration?, in: *Central Asian Survey* 25(2006)1–2, S. 75–92.
- Timur Dadabaev, Central Asian Regional Integration: Between Reality and Myth, [http://www.caci\\_analyst.org/files/070502Analyst.pdf](http://www.caci_analyst.org/files/070502Analyst.pdf)
- und ganz aktuell:  
Joshua Kucera, Central Asia: a vision for a regional transport network takes shape, <http://www.eurasianet.org/departments/insight/articles/eav011407.shtml>

Tabellen und Grafiken zum Text

Karten und wichtigste statistische Daten zu Zentralasien

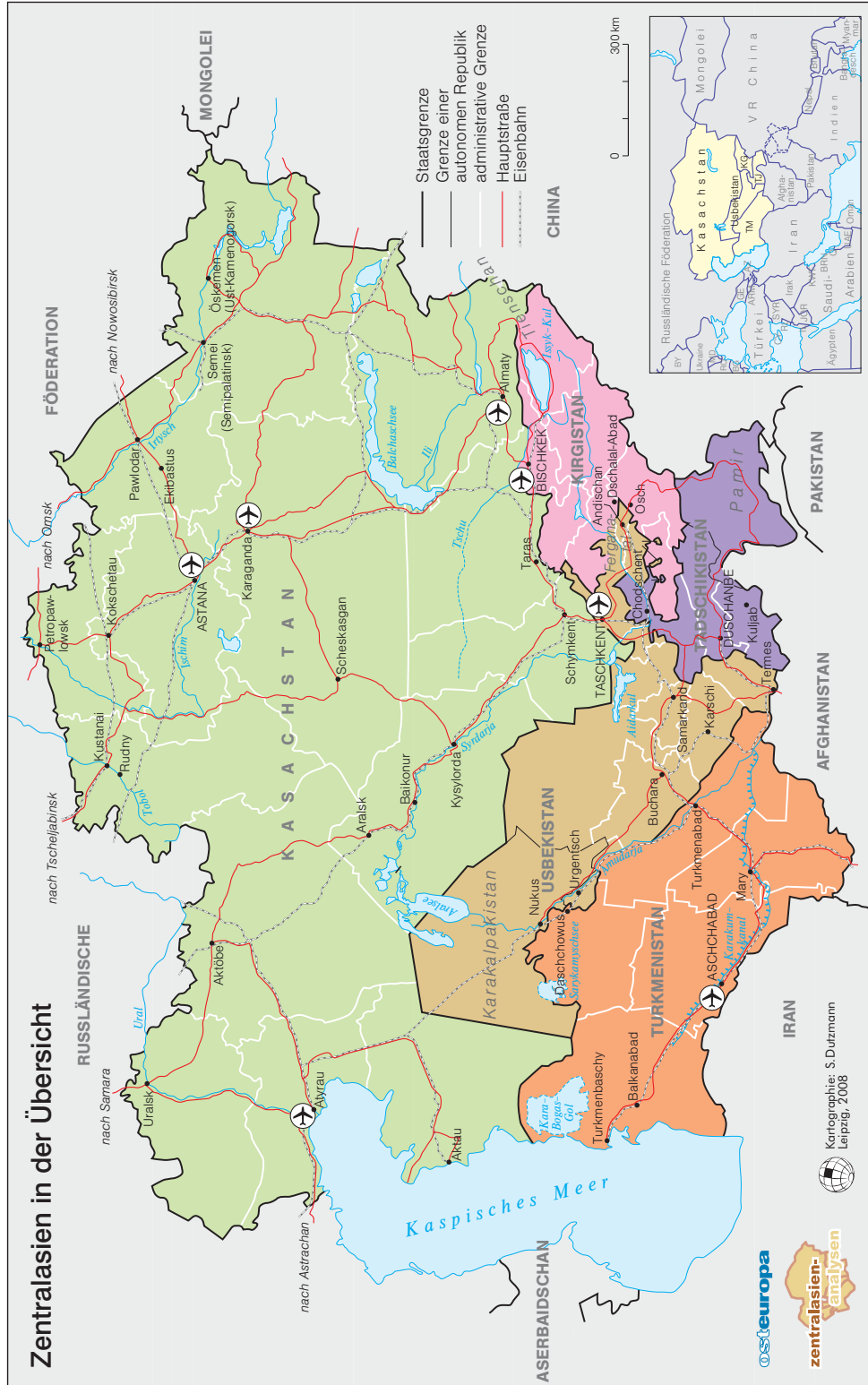
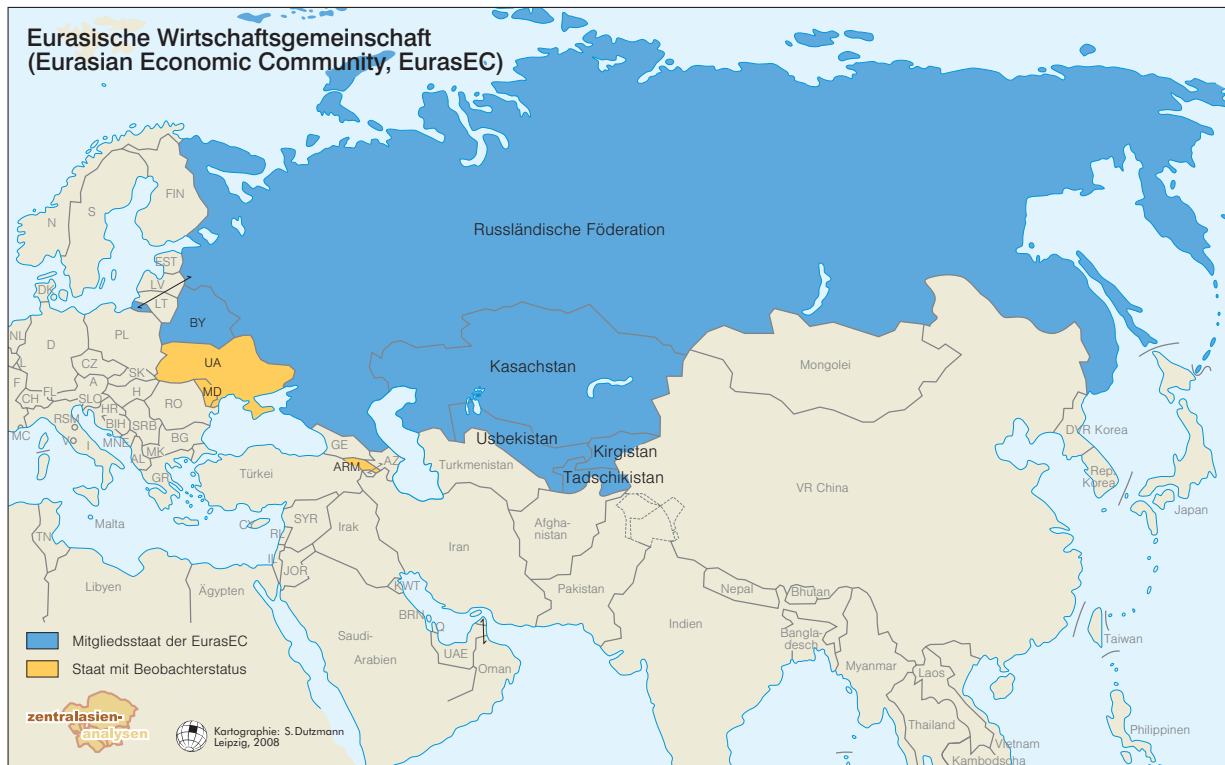


Tabelle 1: Die zentralasiatischen Republiken im Überblick – Länderkundliche Daten

	Kasachstan	Kirgistan	Tadschikistan	Turkmenistan	Usbekistan
Landesfläche in km <sup>2</sup>	2.724.900	199.900	143.100	488.100	447.400
Bevölkerung in Mio. Einw. (2005)	15,146	5,144	6,507	4,833	26,167
Bevölkerungsdichte in Einw./km <sup>2</sup>	5,6	26	46	9,9	59
Bevölkerungswachstum in % (1.1.–31.12.2005)	0,9	1	1,2	1,4	1,2
Ethnische Gruppen	Kasachen (57,5 %), Russen (27 %), Ukrainer (3,1 %), Deutsche (1,5 %), u.a.	Kirgisen (64,9 %), Usbeken (13,8 %), Russen (12,5 %), u.a.	Tadschiken (80 %), Usbeken (15,3 %), Russen (1,1 %), u.a.	Turkmenen (73,3 %), Russen (9,8 %), Usbeken (9,0 %), Kasachen (2,0 %), u.a.	Usbeken (73,7 %), Russen (5,5 %), Tadschiken (5,1 %), Kasachen (4,2 %), u.a.
Sprachen	Kasachisch, Russisch, u.a.	Kirgisisch, Russisch, Usbekisch, u.a.	Tadschikisch, Russisch, Usbekisch, u.a.	Turkmenisch, Russisch, Usbekisch, u.a.	Usbekisch, Russisch, Tadschikisch, u.a.
Religion	Sunnitische Muslime, Russisch-Orthodoxe Christen, u.a.	Sunnitische Muslime, Russisch-Orthodoxe Christen, u.a.	Sunnitische, Schi- itisch-Ismailitische Muslime, Russisch- Orthodoxe Christen	Sunnitische Muslime, Russisch-Orthodoxe Christen, u.a.	Sunnitische Muslime, Russisch-Orthodoxe Christen, Juden u.a.

Quellen: Fischer Weltalmanach 2008: [www.weltalmanach.de](http://www.weltalmanach.de), *Munzinger Länderlexikon, Auswärtiges Amt*: [www.auswaerliges-amt.de](http://www.auswaerliges-amt.de)







**Tabelle 2: Die wichtigsten regionalen Zusammenschlüsse mit Beteiligung zentralasiatischer Staaten im Überblick**

	Mitgliedsstaaten	Gründungsjahr	Ziele
Schanghai Organisation für Zusammenarbeit (Shanghai Cooperation Organisation, SCO)	China, Kasachstan, Kirgistan, Russland, Tadschikistan, Usbekistan; Staaten mit Beobachterstatus: Mongolei, Indien, Pakistan, Iran	2001	Kooperation in Sicherheits- und Verteidigungspolitik (besonders Bekämpfung von Terrorismus, Separatismus und Drogenhandel) und Wirtschaft, aber auch in den Bereichen Bildung und Wissenschaft, Energie, Transport u.a.
Eurasische Wirtschaftsgemeinschaft (Eurasian Economic Community, EurasEC)	Belarus, Kasachstan, Kirgistan, Russland, Tadschikistan, Usbekistan; Staaten mit Beobachterstatus: Armenien, Moldova, Ukraine	2005	Schaffung einer Freihandelszone unter den Mitgliedsstaaten und gemeinsame Energie- und Wirtschaftspolitik
Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit (Economic Cooperation Organisation, ECO)	Türkei, Iran, Pakistan; seit 1992: Afghanistan, Aserbaidschan, Kasachstan, Kirgistan, Tadschikistan, Turkmenistan, Usbekistan	1985	v.a. wirtschaftliche Kooperation (Freihandelszone angestrebt), sowie im Bereich Kommunikation und Transport
<b>Institutionalisierte Entwicklungsprogramme mit explizitem Fokus auf Zentralasien</b>			
Zentralasiatische Regionale Wirtschaftskooperation (Central Asia Regional Economic Cooperation, CAREC)	Afghanistan, Aserbaidschan, China, Kasachstan, Kirgistan, Mongolei, Tadschikistan, Usbekistan	1997	von mehreren internationalen Geberorganisationen unterstützte Finanzierung von Infrastrukturprojekten in den Bereichen Transport, Energie und Handel
Sonderprogramm für die Wirtschaftsräume Zentralasiens (Special Programme for the Economies of Central Asia, SPECA)	Afghanistan, Aserbaidschan, Kasachstan, Kirgistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan	1998	von UN-Unterorganisationen geförderte regionale Kooperation in den Bereichen Transport, Wasser und Energie, Handel, Entwicklung u.a.

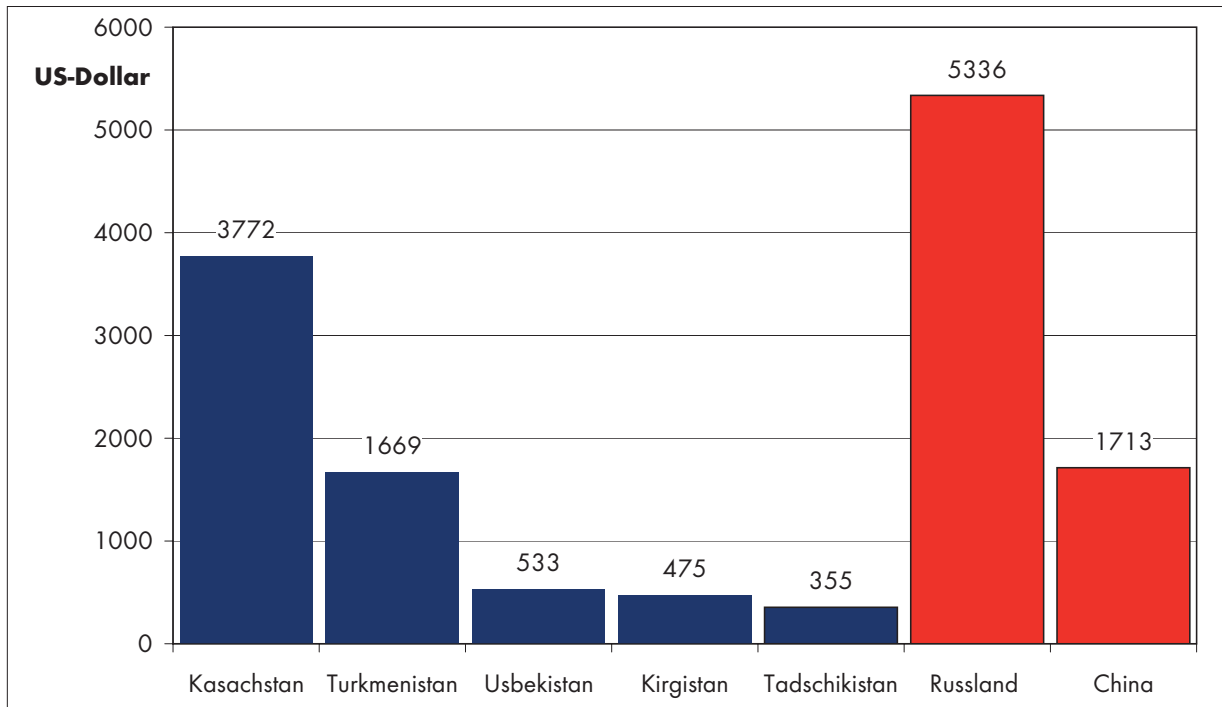
Quellen: SCO: [www.secdisco.org](http://www.secdisco.org), EurasEC: [www.evrazes.com](http://www.evrazes.com), ECO: [www.ecosecretariat.org](http://www.ecosecretariat.org), Asiatische Entwicklungsbank: [www.adb.org](http://www.adb.org), UNECE: [www.unece.org](http://www.unece.org)

**Tabelle 3: Die zentralasiatischen Staaten, China und Russland im Vergleich: Kennzahlen**

	Kasachstan	Kirgistan	Tadschikistan	Turkmenistan	Usbekistan	Russland	China
<b>Allgemeine makroökonomische Daten</b>							
BIP in Mrd. US-Dollar (2005)	57,1	2,4	2,3	8,1	14	763,7	2234,3
BIP in Mrd. US-Dollar (Kaufkraftparität) (2005)	119	9,9	8,8	15,4 (2000)	54	1.552	8.814,9 (Schätzung)
BIP-Wachstumrate (1990–2005, % pro Jahr)	2	- 1,3	- 4,0	- 6,8	0,3	- 0,1	8,8
<b>Außenwirtschaft</b>							
Importe (als Anteil am BIP in %) (2005)	45	58	73	48	30	22	32
Exporte (als Anteil am BIP in %) (2005)	54	39	54	65	40	35	37
Anteil unverarbeiteter Güter am Warenexport in % (2005)	84	35	87	92	k.A.	60	8
Anteil verarbeiteter Güter am Warenexport in % (2000–2005)	16	27	13	7	k.A.	19	92
Ausländische Direktinvestitionen (als Anteil am BIP in %) (2000–2005)	3,5	1,7	2,4	0,8	0,3	2	3,5
<b>Budget und Finanzen</b>							
Öffentliche Ausgaben für Bildung (als Anteil am BIP in %) (2002–2005)	2,3	4,4 (Schätzung)	3,5	k.A.	k.A.	3,6 (Schätzung)	1,9 (1999–2001)
Öffentliche Ausgaben für Gesundheit (als Anteil am BIP in %) (2004)	2,3	2,3	1	3,3	2,4	3,7	1,8
Staatsausgaben für Militär (als Anteil am BIP in %) (2005)	1,1	3,1	2,2 (2004)	k.A.	k.A.	4,1	2
Staatsausgaben für Militär (in Mio. US-Dollar) (2005)	592	75,6	46 (2004)	k.A.	72 (2003)	31.100	44.300
<b>Sozioökonomische Daten</b>							
HDI-Index (in Klammern Weltrang) (2005)	0,794 (73)	0,696 (116)	0,673 (122)	0,713 (109)	0,702 (113)	0,802 (67)	0,777 (81)
Arbeitslosenquote (1996–2005)	8,4	8,5	2,7 (gemeldete Erwerbslose)	k.A.	k.A.	7,8	4,2
Bevölkerungsanteil mit einem Tageseinkommen von weniger als 4 US-Dollar (2000–2004)	56,7	72,5	84,7	79,4	k.A.	45,3	k.A.
Anteil der reichsten 20 % am Gesamtkonsum (1998–2004)	41,5	39,4	40,8	47,5	44,7	46,6	51,9

 Quellen: Human Development Report 2007/2008, Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI): [www.sipri.org](http://www.sipri.org)

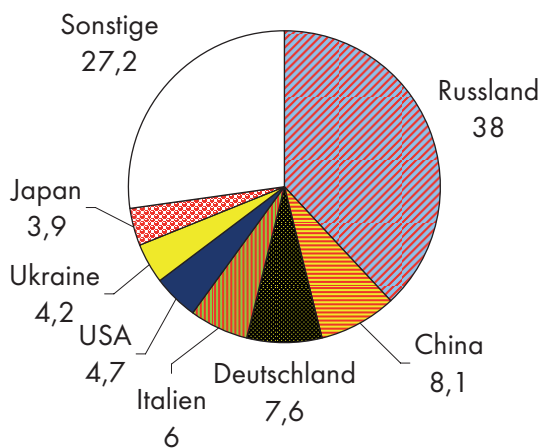
**BIP pro Kopf: die zentralasiatischen Staaten, China und Russland (in US-Dollar) (2005)**



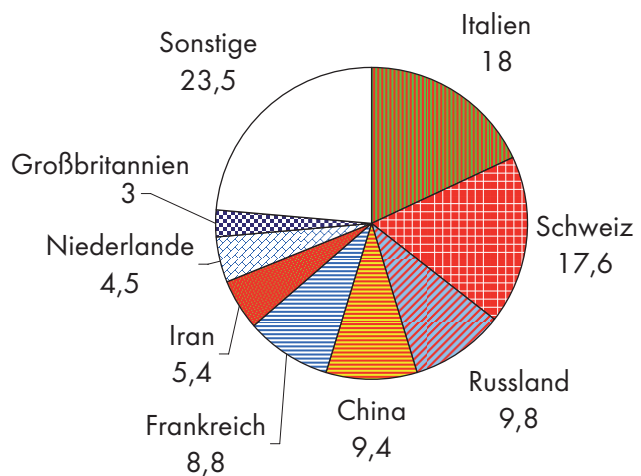
Quellen: Human Development Report 2007/2008

**Die Haupthandelspartner der zentralasiatischen Staaten**

**Hauptlieferländer Kasachstans (Anteil in %, 2006)**

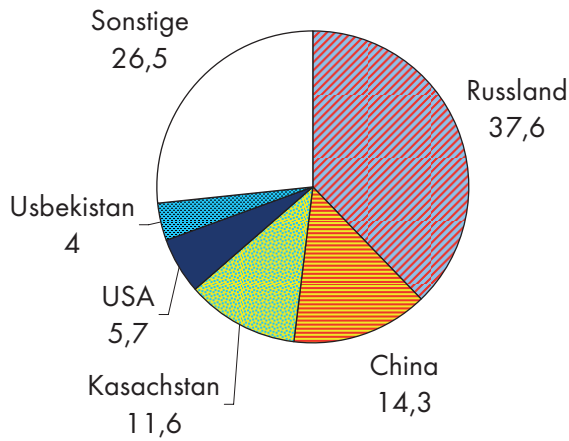


**Hauptabnehmerländer Kasachstans (Anteil in %, 2006)**

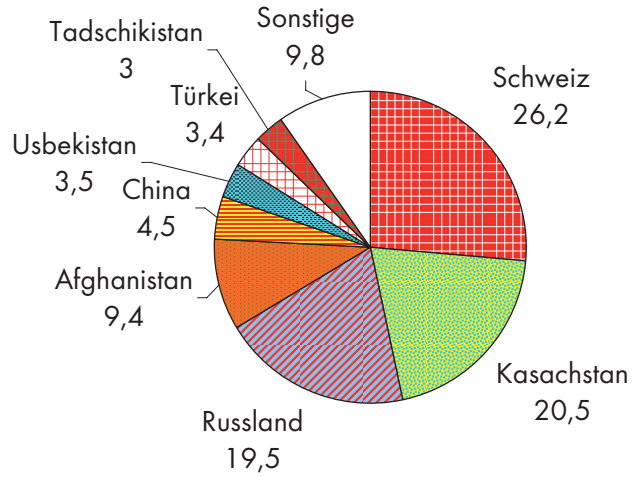


Quelle: Bundesagentur für Außenwirtschaft: [www.bfai.de](http://www.bfai.de)

Hauptlieferländer Kirgistans (Anteil in %, 2006)

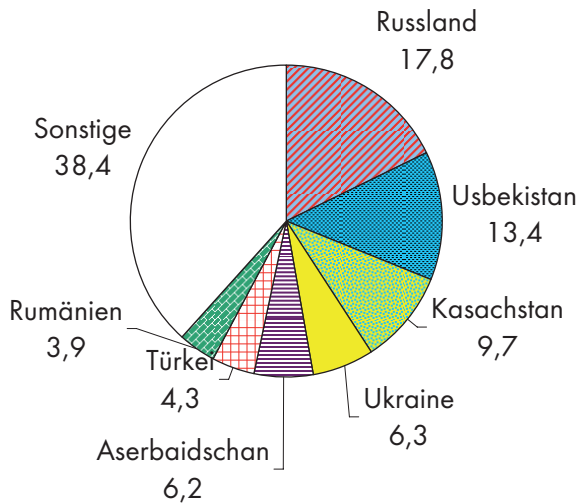


Hauptabnehmerländer Kirgistans (Anteil in %, 2006)

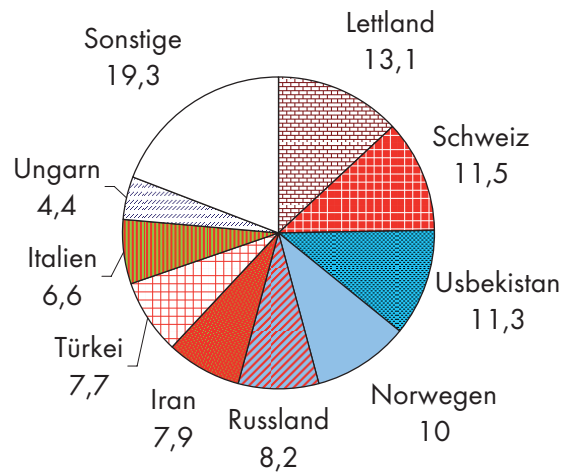


Quelle: Bundesagentur für Außenwirtschaft: [www.bfai.de](http://www.bfai.de)

Hauptlieferländer Tadschikistans (Anteil in %, 2004)

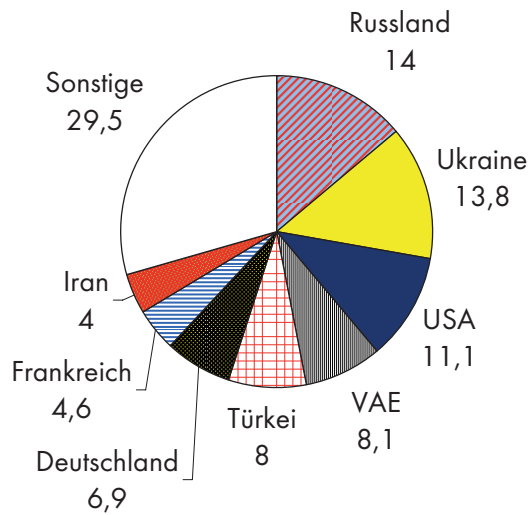


Hauptabnehmerländer Tadschikistans (Anteil in %, 2004)

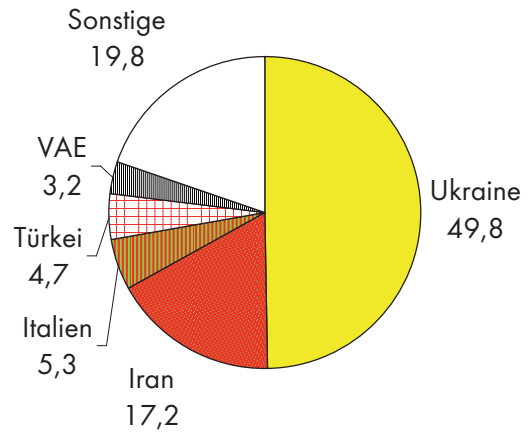


Quelle: Bundesagentur für Außenwirtschaft: [www.bfai.de](http://www.bfai.de)

Hauptlieferländer Turkmenistans (Anteil in %, 2004)

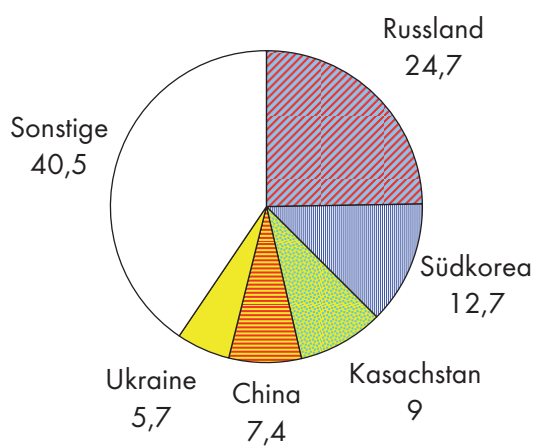


Hauptabnehmerländer Turkmenistans (Anteil in %, 2004)

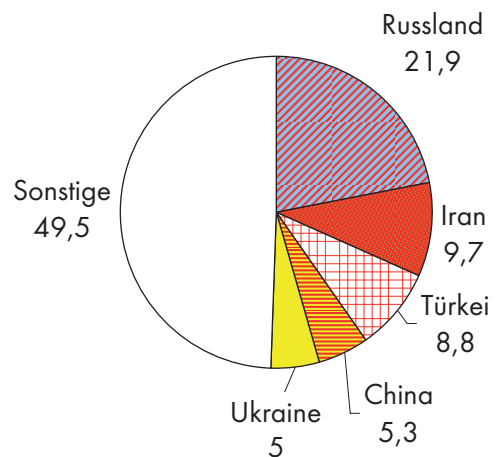


Quelle: Bundesagentur für Außenwirtschaft: [www.bfai.de](http://www.bfai.de)

Hauptlieferländer Usbekistans (Anteil in %, 2006)



Hauptabnehmerländer Usbekistans (Anteil in %, 2006)

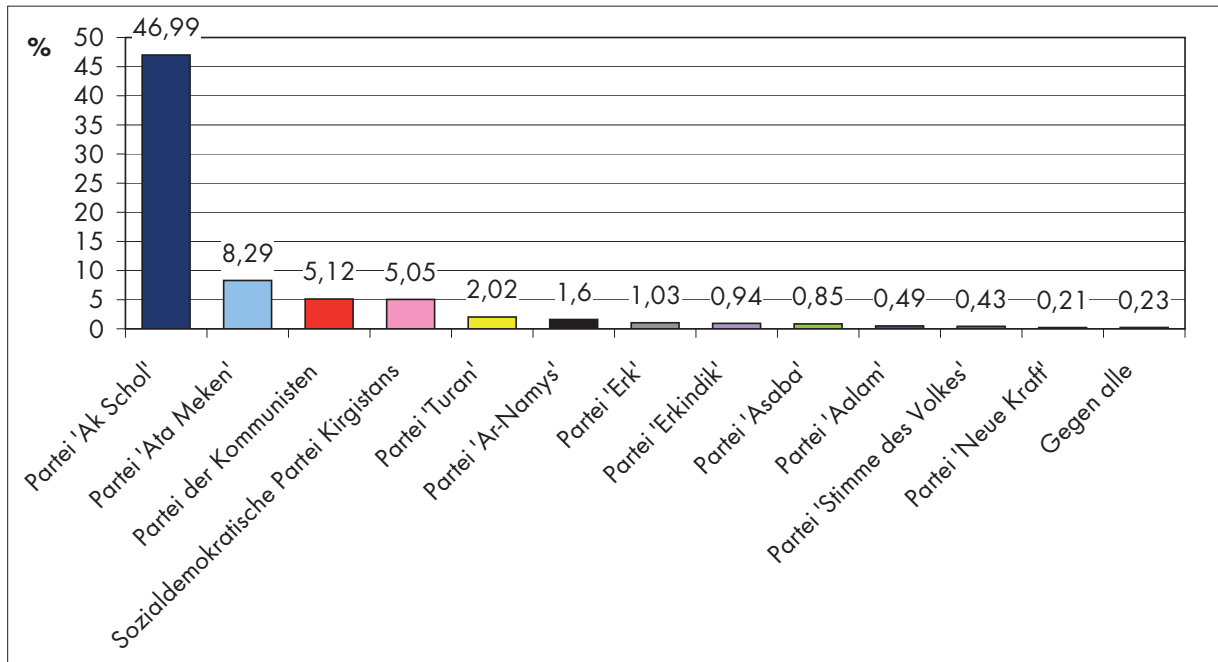


Quelle: Bundesagentur für Außenwirtschaft: [www.bfai.de](http://www.bfai.de)

**Dokumentation**

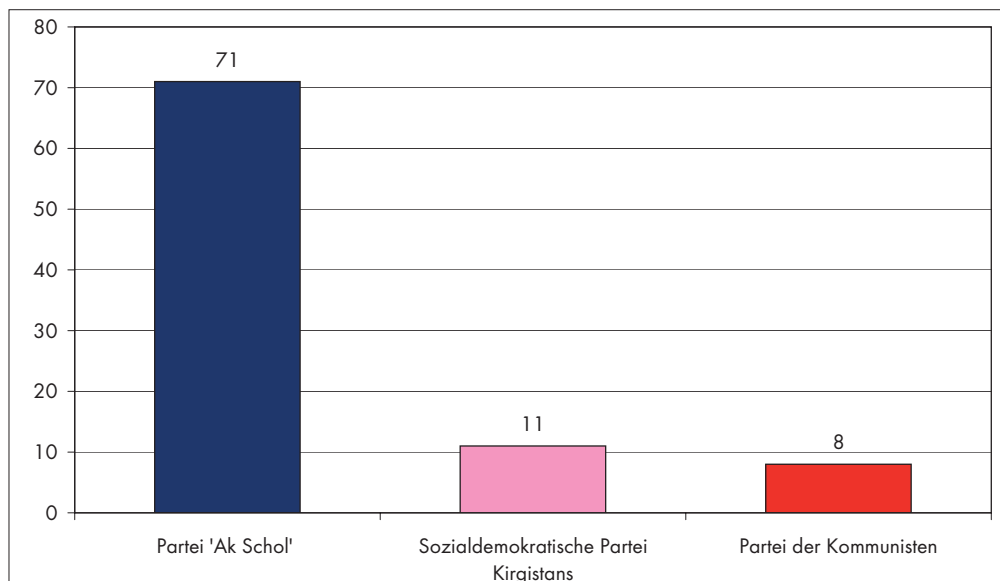
## Parlamentswahlen in Kirgistan, 16. Dezember 2007

Vorläufiges Ergebnis der Parlamentswahlen in Kirgistan am 16.12.2007 nach Auszählung von 2235 von 2236 Wahllokalen – Anteile an der Gesamtwählerschaft in %



Anmerkung der Redaktion: Es liegt noch kein offiziell bestätigtes Wahlergebnis der Zentralen Wahlkommission vor.  
Quelle: [www.gazeta.kg/news/2007-12-20/2713](http://www.gazeta.kg/news/2007-12-20/2713)

### Sitzverteilung im Parlament



Quelle: OSCE/ODIHR

## Erläuterung

Bei den vorgezogenen Parlamentswahlen vom 16. Dezember 2007 wurde erstmals nach dem im Oktober 2007 per Verfassungsreferendum neu eingeführten reinen Parteilistensystem gewählt.

Nach dem ebenfalls neuen Wahlgesetz vom Oktober 2007 gilt als Voraussetzung für den Einzug ins Parlament (kirgisisch Schogorku Kenesch)

1. die 5%-Hürde, eine Partei muss also 5 % der Stimmen der insgesamt ca. 2,7 Mio kirgisischen Wähler auf sich vereinigen;
2. außerdem eine 0,5%-Klausel, nach der eine Partei mindestens 0,5% der Stimmen in jedem der sieben Gebiete des Staates und den beiden wichtigsten Städten (Bischkek und Osch) erreichen muss.

Die Formulierung ließ unklar, ob es sich um 0,5 % der Stimmen des jeweiligen Gebietes oder der Gesamtwählerschaft Kirgistans handeln soll. Am 19.11.2007 legte das Zentrale Wahlkomitee Kirgistans deshalb fest, dass es sich um 0,5 % der Gesamtwählerschaft (d.h. ca. 13.500 Stimmen) handele. Da die Zahl der Wähler in den Gebieten Kirgistans verschieden hoch ist, mussten die Parteien also in den einzelnen Gebieten ganz verschieden hohe prozentuale Ergebnisse erreichen, um diese 0,5%-Hürde zu überspringen.

Die Partei »Ata-Meken« verfehlte nach den vorläufigen Wahlergebnissen im Gebiet Osch die 0,5%-Hürde und ist daher, obwohl nach den Ergebnissen für den Gesamtstaat zweitstärkste Partei, nicht im neuen Parlament vertreten. Sie versucht, bislang erfolglos, juristisch gegen dieses Ergebnis vorzugehen.

Es gibt nach wie vor kein endgültiges Ergebnis der Wahlen, die Prozentangaben wurden mehrfach korrigiert, die Website der Zentralen Wahlkommission ist immer wieder nicht zugänglich. Die hier wiedergegebenen, von der Wahlkommission am 19.12.2007 bekannt gegebenen Ergebnisse beziehen sich offensichtlich nicht auf die erreichten Prozent der abgegebenen Wählerstimmen, sondern sind auch auf die % der Gesamtwählerschaft bezogen.

*Beate Eschment*

## *Presseerklärung der OSZE zu den Wahlen in Kirgistan*

### **Verpasste Chance – die Wahlen in Kirgistan erfüllen nicht die Standards der OSZE**

Quelle: <http://www.osce.org/item/28914.html>

Bischkek, 17. Dezember 2007 - Die Parlamentswahlen in Kirgistan vom 16. Dezember 2007 haben eine Reihe von OSZE-Standards nicht erfüllt, auch wenn andere, den bestehenden Pluralismus betonende Anforderungen eingehalten wurden. Wenn die bei den Präsidentschaftswahlen des Jahres 2005 erreichten Fortschritte gefestigt werden sollen, sind weitere Anstrengungen und politischer Wille nötig, fasste die OSZE Wahlbeobachtermission in einer heute veröffentlichten Erklärung zusammen.

Insgesamt stellte die Wahl eine verpasste Chance dar und konnte die Erwartungen der Öffentlichkeit nach einer weiteren Konsolidierung des Wahlprozesses nicht erfüllen. Ein Beispiel dafür war die Streichung führender Politiker von der Kandidatenliste. Die Wahl fand in einer insgesamt ruhigen Atmosphäre statt, aber aufgrund von Verzögerungen, der Präsenz unbefugter Personen, Problemen beim Ausfüllen der Protokolle und vorsätzlicher Verfahrensverstöße wurde die Transparenz bei Auszählung und Aufstellung der Ergebnisse beeinträchtigt.

»Nachdem ich schon die letzten beiden OSZE Wahlbeobachtermissionen hier in Kirgistan geleitet habe, bin ich persönlich enttäuscht davon, dass es nun einen Rückschlag im Wahlprozess gegeben hat. Die von mir zuletzt beobachtete Entwicklung von politischem Pluralismus wird von dieser verpassten Chance unterlaufen«, sagte Kimmo Kiljunen, Sonderkoordinator der OSZE-Kurzzeitbeobachter und Leiter der Delegation der Parlamentarischen Versammlung der OSZE.

Nikolaj Wultschanow, der die Langzeitbeobachtermission des OSZE-Büros für Demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR) leitet, sagte: »Rücksichtnahme auf Grund- und Bürgerrechte, Transparenz und Vertrauen gehen Hand in Hand, und Pluralismus allein reicht nicht aus, um eine gute Wahl durchzuführen. Die Probleme mit der Transparenz des Wahlablaufes, auch in der Zentralen Wahlkommission, sind beunruhigend.«

Die Wähler konnten zwischen verschiedenen Kandidaten wählen, aber die Registrierung der Kandidaten erfolgte ungleich und nicht völlig inklusiv. Die Medien, insbesondere der staatliche Sender, boten den Wählern keine adäquaten und ausgewogenen Informationen für eine fundierte Wahl. Die Übertragung von Wahlwerbung war beschränkt und die Parteien hatten Schwierigkeiten beim Erwerb von Sendezeiten.



Die Abstimmungen wurden nach einem neuen Wahlsystem durchgeführt, das eine ungewöhnliche Regelung zur Umrechnung der Stimmen in Parlamentssitze vorsieht. Dies verlangte von den Wählern zwei getrennte Schwellenwerte zu überschreiten, festgelegt als Prozentsatz aller landesweit registrierten Wähler. Das System könnte das Ziel der proportionalen Repräsentation außer Kraft setzen und zu einer endlosen Wiederholung von Wahlen führen, trotz der Behauptung, es würde zu einer Stabilisierung des Landes beitragen.

Die Zentrale Wahlkommission arbeitete im Allgemeinen offen, obwohl einige zentrale Diskussionen hinter verschlossenen Türen stattfanden. Die anhaltende Unsicherheit über zentrale Wahlbestimmungen beeinflusste die Möglichkeiten der politischen Parteien, ihre Wahlwerbung effektiv und in einem vorhersehbaren Rahmen zu führen. Es gab weit verbreitete Vorwürfe über Missbrauch von Verwaltungsressourcen zu Gunsten der neu gegründeten Ak Schol-Partei.

*Inoffizielle Übersetzung aus dem Englischen von Judith Janiszewski und Henryk Alff*

### *Einheimische Pressestimmen*

#### **Kurmanbek Bakijew: Die vergangenen Wahlen gehören zu den saubersten der letzten Zeit**

Quelle: <http://www.gazeta.kg/news/2007-12-21/2736>

Am 20. Dezember 2007 traf sich der kirgisische Präsident Kurmanbek Bakijew mit Mitgliedern der Volkspartei »Ak Schol«.

Das Staatsoberhaupt gratulierte ihnen zu ihrem Sieg bei den Wahlen zum Schogorku Kenesch (Parlament). Er hob hervor, dass die Volkspartei »Ak Schol« die erste Partei in der Geschichte Kirgistans sei, die durch demokratische Wahlen an die Macht gelangt sei. »Erstmals in der Geschichte des Landes fanden Wahlen zum obersten gesetzgebenden Organ über Parteilisten statt«, sagte Bakijew.

Des Weiteren brachte das Staatsoberhaupt sein Bedauern darüber zum Ausdruck, dass eine Reihe politischer Parteien mit großem Potential nicht an den Wahlen teilnehmen konnten. »Nicht alle, die an den Wahlen teilnahmen, konnten siegen, aber alle Teilnehmer, ohne Ausnahme, machten enorme Erfahrungen im Wahlkampf. Wir haben gesehen, dass bei uns ein Potential für die zukünftige Gründung einiger starker Parteien vorhanden ist, die sich der Unterstützung der Wähler erfreuen«, sagte Bakijew.

Der Präsident dankte allen politischen Parteien, die an den Wahlen teilgenommen haben und denen, die dies beabsichtigt hatten, aber Fehler gemacht haben und nicht zu den Wahlen zugelassen worden waren. Gleichzeitig bekräftigte er, dass alle im Namen der Demokratie, im Namen ihres Landes gut gearbeitet haben. »Ich möchte sowohl meinen Mitstreitern danken, als auch der Opposition. Alle haben ehrlich und mit Hingabe gekämpft. Der Wahlkampf war meiner Ansicht nach einer der saubersten in der letzten Zeit. Das sagen Wähler aus allen Regionen«, sagte das Staatsoberhaupt und unterstrich, dass es sich nicht lohnt, die Niederlage einiger Parteien als Tragödie anzusehen. »Ich denke, alle Parteien, sogar wenn sie es nicht ins Parlament geschafft haben, sollten und werden am politischen Leben des Landes ganz aktiv teilnehmen, an der Vorbereitung und Annahme politischer und staatlicher Entscheidungen«, sagte Bakijew.

[...]

*Aus dem Russischen von Judith Janiszewski und Henryk Alff*

#### **Asaba-Partei – Kirgistan ist kein demokratisches Land mehr**

20.12.2007, Bischkek – Nachrichtenagentur »24.kg«, von Nargisa Juldaschewa

Quelle: <http://eng.24.kg/politic/2007/12/20/4247.html>

Die Parlamentswahlen haben Kirgistan zurück zu einem autoritären Regime geführt, sagte Asimbek Beknasarow, Führer der Asaba Partei, auf der heutigen Pressekonferenz der Presseagentur »24.kg«.

Kurmanbek Bakijew hat ein Niveau erlangt, das Askar Akajew in 15 Jahren nicht erreichen konnte. »Kirgistan ist kein demokratisches Land mehr.«

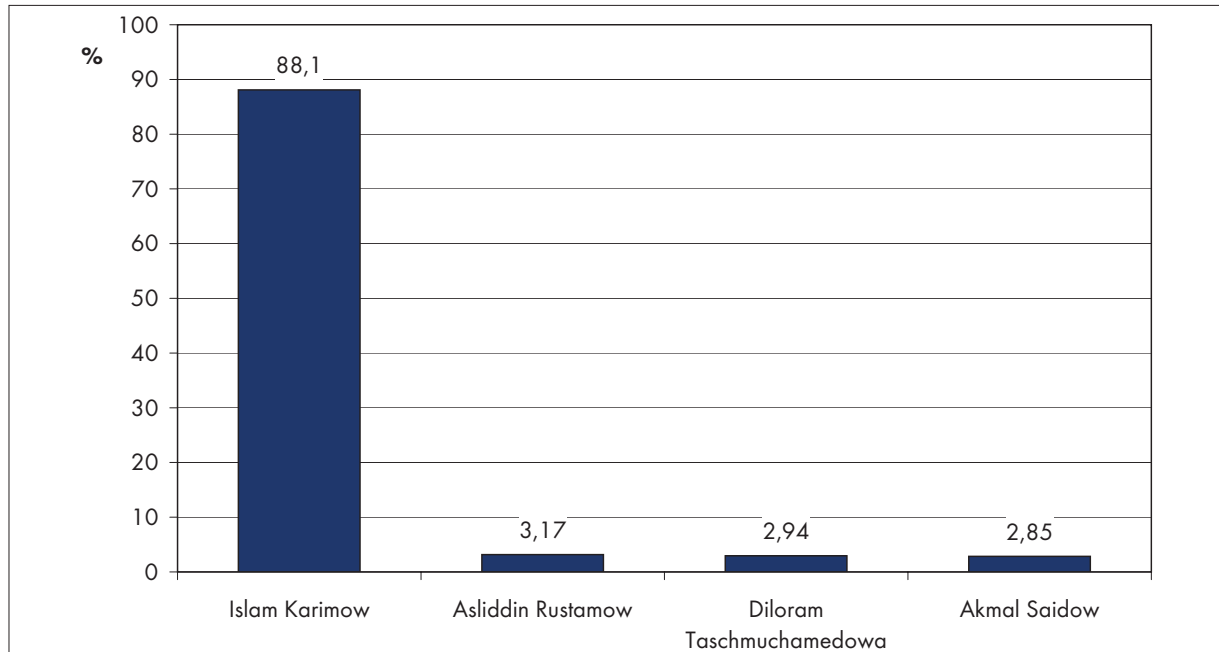
[...]

»Die derzeitigen Führer haben jede oppositionelle Meinung unterbunden. Die Anweisungen des Präsidenten werden kommentarlos ausgeführt werden«, fügte Asimbek Beknasarow hinzu.

*Aus dem Englischen von Judith Janiszewski und Henryk Alff*

## Präsidentenwahlen in Usbekistan, 23. Dezember 2007

Amtliches Endergebnis der Präsidentenwahlen in Usbekistan am 23.12.2007 – Stimmenanteil der Kandidaten in %



Quelle: Zentrale Wahlkommission Usbekistans: <http://elections.uz>

### Stellungnahme der ODHIR-Wahlbeobachtermission:

#### Streng kontrollierte Wahlen in Usbekistan ließen keine wirkliche Wahl, betonen die ODHIR-Beobachter

Quelle: [http://www.osce.org/documents/html/pdf/html/29127\\_en.pdf](http://www.osce.org/documents/html/pdf/html/29127_en.pdf)

Taschkent, 24. Dezember 2007 – Die gestrigen Präsidentenwahlen in Usbekistan wurden in einem streng kontrollierten politischen Rahmen abgehalten, der keinen Raum für eine wirkliche Opposition ließ, insgesamt entsprach die Wahl nicht den OSZE-Standards für demokratische Wahlen. Die vom OSZE-Büro für Demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR) nach den Parlamentswahlen in Usbekistan von 2004 gegebenen Empfehlungen, sind bis jetzt nicht umgesetzt worden.

Das ist das Fazit der OSZE/ODIHR begrenzten Wahlbeobachtermission (LEOM), die am 5. Dezember auf Einladung des usbekischen Außenministeriums ihre Arbeit aufgenommen hatte.

»In Hinblick auf eine demokratische Entwicklung ist bemerkenswert, dass es dieses Mal mehr Kandidaten gab als bei früheren Präsidentenwahlen, einschließlich einer weiblichen Kandidatin und eines parteilosen, von einer Wählerinitiative nominierten Kandidaten. Da aber alle Kandidaten der jetzigen Wahl öffentlich den Amtsinhaber unterstützten, hatten die stimmberechtigten Bürger keine wirkliche Wahl«, sagte Botschafter Walter Siegl, der die Wahlbeobachtermission leitete.

Der Wahlkampf war kaum sichtbar und zeichnete sich durch das Fehlen jeglichen wirklichen Wettstreits der Ideen und politischen Positionen aus. Das von der Zentralen Wahlkommission (CEC) herausgegebene und vor allem in den Räumlichkeiten der Wahlverwaltung verteilte Wahlkampfmaterial bot lediglich neutrale Informationen zu den Kandidaten und ihren politischen Programmen.

Die Berichterstattung über den Wahlkampf in den Medien war sehr beschränkt, ohne Debatten unter den Kandidaten, direkt übertragene Reden oder die Darstellung alternativer Ansichten, die der Wählerschaft zu einer fundierten Entscheidung hätten verhelfen können. Trotz weitgehend gleicher Verteilung der kostenlosen Sendezeit an die Kandi-

daten stellten die LEOM Medienbeobachter fest, dass das staatliche Fernsehen über 80 % seiner Sendezeit für Nachrichten über Präsident Karimow verwendete.

Die Mission erkennt an, dass seit der letzten Präsidentschaftswahl einige positive Veränderungen in die Gesetzgebung eingeflossen sind, wie z. B. die Zulassung von Kandidaten, die von Wählerinitiativen aufgestellt wurden und die Einführung der *positiven* Stimmabgabe für einen Kandidaten anstelle eines Votums gegen einen oder mehrere Kandidaten. Allerdings bleibt die Registrierung politischer Parteien als juristische Person und die Registrierung der Kandidaten für die Präsidentschaftswahl ein Vorgang, der eine übermäßig hohe Zahl von Unterschriften von den Unterstützern erfordert.

Das Präsidentschaftswahlgesetz steht nicht im Einklang mit Paragraph 7.5 des Kopenhagener Dokuments, das die Registrierung von Kandidaten nach bestimmten Kategorien untersagt. Darüber hinaus sieht die Gesetzgebung zwar den Einsatz internationaler Wahlbeobachter vor, schließt aber seit 1997 die Beobachtung durch einheimische zivilgesellschaftliche Gruppen, die keinen Kandidaten aufgestellt haben, in Widerspruch zu Paragraph 8 des Kopenhagener Dokuments aus.

Der gesetzliche Rahmen und die existierende Verwaltungspraxis garantieren nicht die Durchsetzung des Verfassungsrechts auf Versammlungsfreiheit. Die LEOM registrierte die Bedenken vieler Gesprächspartner bezüglich weiterer Verletzungen der Bürgerrechte und der politischen Rechte, wie sie im Internationalen Pakt für bürgerliche und politische Rechte festgehalten sind, zu dessen Unterzeichnern Usbekistan gehört.

Da der Amtsinhaber seit der Unabhängigkeitserklärung Usbekistans 1991 Präsident ist, wirft seine Registrierung als Präsidentschaftskandidat juristische Fragen auf, denn die Verfassung erlaubt lediglich zwei aufeinander folgende Amtsperioden.

Die Wahlbehörden zeigten auf allen Ebenen die Bereitschaft ihre Aufgaben wahrzunehmen und die Zentrale Wahlkommission veröffentlichte umfangreiches Lehrmaterial für die Mitglieder der Wahlkommissionen. Wichtige den administrativen Rahmen betreffende Elemente des Wahlvorgangs sind weiterhin nicht ausreichend ausgearbeitet. Die vage formulierten Vorgaben für die vorzeitige Stimmabgabe und die Stimmabgabe in der eigenen Wohnung rufen Bedenken hervor. Außerdem gelingt es den Gesetzen nicht, die volle Offenlegung der Entscheidungen der Zentralen Wahlkommission oder die Veröffentlichung der Wahlergebnisse durch die Wahllokale zu gewährleisten.

Die LEOM wurde von den Mitgliedern der Wahlverwaltung freundlich empfangen und insgesamt von den Behörden unterstützt, aber ihr wurde der Zugang zur gesamten Dokumentation, einschließlich der CEC-Entscheidungen, verwehrt. Trotz wiederholter Nachfragen bekam die Mission keine Möglichkeit, Kandidaten zu treffen und mit ihnen zu diskutieren. Sie konnte nur ein Treffen zwischen einem Kandidaten und Wählern beobachten.

Obwohl die LEOM am Wahltag keine systematische Beobachtung durchführte, haben ihre Mitglieder Wahllokale in und um Taschkent und in fünf weiteren Regionen besucht. Die Beobachter berichteten von einer ruhigen Atmosphäre bei der Stimmabgabe, aber auch der häufigen Anwesenheit der Exekutivorgane in den Wahllokalen, fehlender Einheitlichkeit bei der Vorbereitung der Wählerlisten und gleichen Unterschriften auf den Wählerlisten, die auf Stimmabgabe durch Vertreter (*proxy voting* – *Anmerkung der Übersetzer*) hindeuten. Während der Auszählung der Stimmen und der Tabellierung bemerkten die Beobachter Verfahrensprobleme und Unregelmäßigkeiten, wie z.B. die Berichtigung von Zahlen, die nicht befriedigend erklärt werden konnte, und Protokolle, die mit einem Bleistift ausgefüllt worden waren.

Die von der CEC gemeldete ungewöhnlich hohe Wahlbeteiligung von 90,6 %, insbesondere angesichts der geringen Wählerzahl, die von der Mission beobachtet wurde, wirft weitere Bedenken in Bezug auf die Richtigkeit der gemeldeten Ergebnisse auf.

»Die OSZE/ODIHR ist bereit, Usbekistan dabei zu unterstützen, den Anforderungen für die Durchführung demokratischer Wahlen gerecht zu werden und unterstreicht, dass der gehaltvolle Dialog fortgesetzt und der entsprechende politische Wille vorhanden sein muss, um dieses Ziel zu erreichen«, sagte Botschafter Siegl.

*Inoffizielle Übersetzung aus dem Englischen von Judith Janiszewski und Henryk Alff*

## Auszüge aus einem Artikel der usbekischen Nachrichtenagentur Uza

### Das Volk des unabhängigen Usbekistan hat seine Wahl getroffen

Uza, Anna Iwanowa, Gulom Mirsajew, 24.12.2007

Quelle: <http://uza.uz/ru/politics/1726/>

[...]

Auf einer Besprechung am 24. Dezember, die sich mit dem vorläufigen Wahlergebnis beschäftigte, stellte der Vorsitzende der Zentralen Wahlkommission Usbekistans M. Abdusalomow fest, dass die Wahl des Präsidenten der Republik Usbekistan zu einer historischen Etappe der modernen Geschichte unseres Landes, beim Aufbau eines demokratischen Rechtsstaates und einer starken Bürgergesellschaft geworden ist.

Wahlen stellen ein grundlegendes Mittel der Willensäußerung des Volkes und seiner unmittelbaren Beteiligung am politischen Leben, im staatlichen und gesellschaftlichen Bereich und bei der Konstituierung staatlicher Macht dar.

Die Verfassung der Republik Usbekistan, die Gesetze »Über die Wahlen zum Präsidenten der Republik Usbekistan« und »Über die Sicherstellung des Wahlrechts der Bürger« und andere gesetzliche Bestimmungen sind der Garant ihrer Durchführung in unserem Land, in Übereinstimmung mit den Prinzipien der Demokratie, der Offenheit und Transparenz. Die Wahlen verliefen auf einer alternativen Grundlage, in voller Übereinstimmung mit den demokratischen Prinzipien, die in der Verfassung und der Wahlgesetzgebung des Landes verankert sind.

[...]

In Übereinstimmung mit dem Gesetz wurden den Präsidentschaftskandidaten gleiche Rechte bei der Durchführung von Wahlkampagnen, bei Treffen mit Wählern und bei der Nutzung der Massenmedien im Wahlkampf gewährt.

Der demokratische Charakter der Wahlen und ihre Übereinstimmung mit den geltenden Gesetzen wurden durch die reibungslose Arbeit der Bezirks- und Kreiswahlkommissionen garantiert, die auf den Prinzipien des Gesetzes, der Kollegialität, Transparenz, Unabhängigkeit und Gerechtigkeit beruhte.

[...]

Transparenz und Offenheit der Wahlen garantierte auch die Arbeit von 23.300 Beobachtern. Die Wahlen wurden von Vertretern von fünf internationalen Organisationen – GUS, OSZE, der Schanghai Organisation für Zusammenarbeit (SCO), Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft (EurasEC), der Organisation der Islamischen Konferenz (OIC) aus mehr als 30 Ländern und auch politischen Parteien und Wählerinitiativen, die ihren eigenen Kandidaten für das Präsidentschaftamt der Republik Usbekistan aufgestellt hatten, beobachtet. Darüber hinaus wurden die Wahlen von ca. 300 einheimischen und ausländischen Journalisten beleuchtet.

[...]

Auf der Besprechung wurde bemerkt, dass die Präsidentschaftswahlen der Republik Usbekistan auf allerhöchstem Organisationsniveau verlaufen sind, in voller Übereinstimmung mit der nationalen Wahlgesetzgebung und den darin enthaltenen internationalen Prinzipien von Demokratie, Transparenz und Offenheit. Die von der Wählerschaft entwickelte hohe Aktivität zeugt vom Anstieg der politischen und rechtlichen Reife der Bürger Usbekistans, die genau erkennen, dass von ihrer Entscheidung die Zukunft des Landes und seine weitere Entwicklung abhängt. Das Volk des unabhängigen Usbekistan stimmte für die Durchsetzung seiner guten Hoffnungen und Erwartungen auf ein friedliches Leben und das Erblühen der Heimat.

*Aus dem Russischen von Judith Janiszewski und Henryk Alff*

**Chronik**
**Januar 2008**

<b>Kasachstan</b>	
8.1.2008	Nach Angaben von Premierminister Karim Masimow verzeichnete Kasachstan 2007 ein Wachstum des BIP um 8,7 % (gegenüber 10,6 % in 2006).
8.1.2008	Die kasachische Nationalbank teilt mit, dass Kasachstans Gold- und Devisenreserven 2007 auf 38,4 Mrd. US-Dollar gestiegen sind.
9.1.2008	Präsident Nasarbajew unterzeichnet ein deutsch-kasachisches Regierungsabkommen über den Transit von militärischer Fracht und Personal durch Territorium und Luftraum Kasachstans. Deutschland nutzt diese zur Versorgung seiner Truppen in Afghanistan.
11.1.2008	Bei einer Methangas-Explosion in der Abai-Kohlemine im Gebiet Karaganda sterben 30 Bergarbeiter, 14 weitere werden verletzt. Die Mine muss für mehrere Monate geschlossen werden, mehr als 1000 Menschen werden arbeitslos. Eine Untersuchungskommission ist eingerichtet.
13.1.2008	Die kasachische KazMunaiGaz und das internationale Agip-Konsortium erreichen ein Übereinkommen über die weitere Ausbeutung des Kaschagan-Erdölfeldes. KazMunaiGaz kann seinen Anteil auf 16,8 % erhöhen, da westliche Partner Anteile abtreten. Sie zahlen eine Kompensation zwischen 2,5–4,5 Mrd. US-Dollar für den verspäteten Beginn des Betriebs, der für 2008 geplant war, aber nun erst für Ende 2010 erwartet wird.
15.1.2008	Ein Gericht in Almaty verurteilt Rachat Alijew, den früheren Schwiegersohn Präsident Nasarbajews, wegen Entführung, Korruption und Erpressung in Abwesenheit zu 20 Jahren Gefängnis, den Verlust seines Eigentums und aller staatlicher Auszeichnungen und offiziellen Titel.
17.1.2008	In einer landesweit im Fernsehen übertragenen Rede auf einem Kongress der Regierungspartei Nur Otan fordert Präsident Nasarbajew verstärkte Anstrengungen im Kampf gegen die Korruption, sowie für das harmonische Zusammenleben der Nationalitäten und die Sicherung der Stabilität. Die Parteimitglieder werden zum Dialog auch mit oppositionellen, Parteien und Organisationen aufgefordert.
22.1.2008	Der WDR teilt mit, dass der deutsche Journalist Marcus Bensmann am 20.1. bei einem Überfall in Astana schwere Kopfverletzungen und Erfrierungen erlitten hat. Die Hintergründe sind unklar.
22.1.2008	Auf eine Order von Premierminister Masimow wird die staatliche Holding Samruk den internationalen Flughafen von Almaty wegen seiner strategischen Bedeutung kaufen.
24.1.2008	Der stellvertretende kasachische Verteidigungsminister diskutiert mit einer französischen Delegation die militärische Zusammenarbeit beider Länder und kasachische Pläne in Frankreich produzierte Militärausrüstung zu kaufen.
<b>Kirgistan</b>	
1.1.2008	Ein Erdbeben der Stärke 6 erschüttert Teile des Gebietes Osch. Es werden weit über 100 Gebäude zerstört, Hilfsmaßnahmen laufen an, Kirgistan bittet die internationale Gemeinschaft um Unterstützung.
3.1.2008	Das Oberste Gericht Kirgistans weist eine Klage der oppositionellen Ata-Meken Partei gegen die Ergebnisse der vorgezogenen Parlamentswahl vom 16. Dezember 2007 zurück.
8.1.2008	Auf einer gemeinsamen Sitzung des Kabinetts, der Vorsitzenden verschiedener staatlicher Agenturen und des Nationalen Sicherheitsrates nennt Präsident Bakijew den verstärkten Kampf gegen die Korruption und die Entwicklung der Landwirtschaft, sowie die Verbesserung der ökonomischen Lage in abgelegenen ländlichen Gebieten Kirgistans als wichtigste Ziele für 2008.
9.1.2008	In Bischkek wird offiziell bestätigt, dass kirgisische Grenzbeamte am 31.12.2007 in einem Zug auf dem Weg von Tadschikistan in den Iran radioaktives Material gefunden haben. Es wurde auf einer kirgisischen Uranstaubdeponie entsorgt.
9.1.2008	Der stellvertretende Industrie-, Energie- und Erdölminister Akylbek Tumenbajew teilt auf einer Pressekonferenz mit, dass Kirgistan 2008 seine Energie-Exporte wegen der stark gesunkenen Wasservorräte des Landes um fast 75 % kürzen wird.

9.1.2008	Der Energieminister teilt weiter mit, dass Kirgistan 2008 145 US-Dollar für 1000 m <sup>3</sup> Gas an Usbekistan zahlen wird, das entspricht einer Preissteigerung von 43 % gegenüber dem Vorjahr. Die Verbraucherpreise sollen aber nur um 30 % angehoben werden.
10.1.2008	In einer Rede auf der Eröffnungssitzung des neuen kirgisischen Parlaments wendet sich Präsident Bakijew mit einer Reihe konkreter Vorschläge und Forderungen an die Deputierten und warnt sie vor weiteren Verfassungsreformen.
14.1.2008	Zwölf kirgisische Oppositionsparteien, darunter Ata-Meken und Ar-Namys, geben die Bildung einer neuen Oppositionsbewegung »Für Gerechtigkeit« als Reaktion auf die Parlamentswahl bekannt, mehr als 20 gesellschaftliche Bewegungen schließen sich an.
14.1.2008	Präsident Bakijew ernennt mit Moldomusa Kongantijew einen neuen Innenminister, auch seine Stellvertreter und mehrere Gouverneure werden neu eingesetzt.
16.1.2008	Die Nationalbank Kirgistans richtet einen speziellen »Fond zum Schutz der Bankeinlagen« ein. Ihre Anfangseinlage von 97 Mio. US-Dollar soll durch Beiträge privater Bankinstitute aufgestockt werden.
17.1.2008	Auf Aufforderung von Präsident Bakijew stimmt die Mehrheit der Parlamentarier für die Entlassung des Vorsitzenden des Obersten Gerichts Kirgistans. Vertreter der Opposition halten den Schritt für politisch motiviert.
19.1.2008	Das neue Kabinett unter Leitung von Premier Igor Chudinov bestätigt den Aktionsplan der Regierung für 2008, der von einem Wirtschaftswachstum von 8 % und einer Inflationsrate von weniger als 12 % ausgeht. Die Regierung plant die Privatisierung weiterer staatlicher Unternehmen.
23.1.2008	Der Minister für wirtschaftliche Entwicklung und Handel teilt mit, dass das kirgisische BIP 2007 um 8,2 % auf 3,88 Mrd. US-Dollar gestiegen ist.
24.1.2008	Die oppositionelle Asaba-Partei gibt die Bildung einer neuen »revolutionären Institution« mit dem Ziel des Sturzes des Staatspräsidenten bekannt.
<b>Tadschikistan</b>	
2.1.2008	In Duschanbe wird das erste Zentrum zur Bekämpfung von Menschenhandel in Zentralasien eröffnet. Das vom U.S. State Department finanzierte und mit Hilfe der Internationalen Organisation für Migration (IOM) gegründete Zentrum soll Vertreter von Polizei und Justiz ausbilden und Opfer unterstützen.
4.1.2008	Das Oberste Gericht Tadschikistans verurteilt den früheren Militärkommandeur Mahmadahdi Nasarow wegen Verbrechen während des tadschikischen Bürgerkrieges (1992–97) zu 15 Jahren Haft, zwei weitere Angeklagte zu je 14 Jahren. Einer im November 1998 vom Parlament verabschiedeten Generalamnestie entsprechend, wird die Strafe um ein Drittel verkürzt.
7.1.2008	In Duschanbe wird mitgeteilt, dass die Stromlieferungen aus Turkmenistan und Usbekistan um die Hälfte gekürzt wurden. Die Stromversorgung des Landes muss daher von durchschnittlich 4–5 Stunden täglich auf 2–3 Stunden reduziert werden.
10.1.2008	Der stellvertretende Vorsitzende der staatlichen Gas- und Energieversorgung kündigt wegen der gestiegenen Importpreise Preiserhöhungen für Gas und Strom an.
15.1.2008	Rachmatullo Walijew, Führer der oppositionellen Demokratischen Partei Tadschikistans, kritisiert auf einer Pressekonferenz die Unfähigkeit der Regierung, die langanhaltende Energiekrise des Landes zu lösen. Nur Stunden später verordnet Präsident Rachmon die öffentliche Stromversorgung Duschanbes auf Kosten des Tadschikischen Aluminiumwerkes zu erhöhen.
20.1.2008	Präsident Rahmon, der russische stellvertretende Premierminister Sergej Naryschkin und der Chef der RAO EES (Rossijskoje akzionernoje obschtschestwo. Edinaja energetitscheskaja sistema – Russische Aktiengesellschaft Einheitliches Energiesystem) Anatolij Tschubais weihen in Sangtuda den ersten Teil eines neuen von Russland gebauten Wasserkraftwerkes ein. Es wird täglich 2,4 Mio. Kilowattstunden Strom produzieren.
21.1.2008	Die staatliche Agentur für Finanzkontrolle und Kampf gegen die Korruption beschuldigt den staatlichen Gasversorger DushanbeGaz der Unterschlagung von mehr als 1 Mio. US-Dollar und der Korruption.
21.1.2008	Auf einer russischen Militärbasis nahe Duschanbe findet eine gemeinsame russisch-tadschikische Antiterrorismus-Übung statt.

22.1.2008	Präsident Rachmon empfängt den Chef des US-amerikanischen Zentralkommandos (CENTCOM) Admiral William Fallon zu Gesprächen über Sicherheit und Zusammenarbeit.
22.1.2008	2007 lebte nach Angaben des Arbeits- und Sozialministers mehr als die Hälfte der Bevölkerung unter der internationalen Armutsgrenze von 1,20 US-Dollar am Tag.
<b>Turkmenistan</b>	
16.1.2008	Präsident Berdimuchamedow führt in Aschchabad mit einer EU-Delegation unter Leitung von Pierre Morel, dem EU Sonderbeauftragten für Zentralasien, Gespräche über eine Zusammenarbeit im Energiebereich. Der Präsident begrüßt EU-Pläne für einen Gipfel der EU-Außenminister mit ihren zentralasiatischen Kollegen in der turkmenischen Hauptstadt zu einem noch nicht festgelegten Zeitpunkt.
18.1.2008	Präsident Berdimuchamedow ordnet die Bildung einer nationalen Anti-Drogen-Institution an.
19.1.2008	Der Präsident hebt das Verbot von Oper und Zirkus seines Vorgängers Nijasow auf. Während Nijasow beides für der turkmenischen Kultur fremd hielt, begründet Berdimuchamedow die Wiedereinführung mit der Notwendigkeit der Entwicklung nationaler Kunst und Kultur.
<b>Usbekistan</b>	
1.1.2008	Die Abschaffung der Todesstrafe tritt in Kraft.
2.1.2008	Präsident Karimov ernennt den bisherigen Stellvertretenden Premierminister Rustam Asimow zum 1. Stellvertretenden Premier, Asimdschon Parpijew wird Minister für Höhere Bildung, Rawschan Muchitdinow Justizminister und Sunatullo Bekenow Leiter des Pressedienstes der Regierung.
2.1.2008	Anlässlich des 15. Jahrestages der usbekischen Verfassung verkündet der Präsident eine Amnestie. 500 Gefangene werden begnadigt, 900 weiteren wird ein Teil ihrer Strafe erlassen.
8.1.2008	Lars Nyberg, der Präsident des finnisch-schwedischen TeliaSonera Konsortiums, trifft sich mit Vertretern des usbekischen Kommunikations- und Informationsministeriums. Das Konsortium plant 150 Mio. US-Dollar in den usbekischen Telekommunikationssektor zu investieren, nachdem die Regierung die Liberalisierung dieses Sektors beschlossen hatte.
24.1.2008	Präsident Karimov empfängt den Chef des US-amerikanischen Zentralkommandos (CENTCOM) Admiral William Fallon zu Gesprächen über Terrorismus und die Instabilität in der Region.

Die Zentralasien-Analysen werden gemeinsam von der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde und der Forschungsstelle Osteuropa herausgegeben. Die Herausgeber danken dem Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft für die Finanzierung der Zentralasien-Analysen und der GTZ für eine großzügige Unterstützung.

Die Meinungen, die in den Zentralasien-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.  
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Beate Eschment

Technische Redaktion: Matthias Neumann

Zentralasien-Analysen-Layout: Matthias Neumann, nach einem Konzept von Cengiz Kibaroglu, mit einer Grafik von Sebastian Klüsener

© 2008 by Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. und Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. • Schaperstraße 30 • 10719 Berlin • Telefon: +49 30 214 784 12 • Telefax: +49 30 214 784 14

e-mail: Zentralasien-Analysen@dgo-online.org • Internet-Adresse: [www.laender-analysen.de/zentralasien.html](http://www.laender-analysen.de/zentralasien.html)

## Lesehinweis

### Kostenlose E-Mail-Dienste unter [www.laender-analysen.de](http://www.laender-analysen.de)

#### Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.polen-analysen.de>

#### Russlandanalysen

Die »Russlandanalysen« bieten wöchentlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Wochenchronik aktueller politischer Ereignisse.

Abonnement unter: [fsopr@uni-bremen.de](mailto:fsopr@uni-bremen.de)

#### Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

#### *kultura.* Russland-Kulturanalysen

Die Russland-Kulturanalysen diskutieren in kurzen, wissenschaftlich fundierten, doch publizistisch-aufbereiteten Beiträgen signifikante Entwicklungen der Kultursphäre Russlands. Jede Ausgabe enthält zwei Analysen und einige Kurztex-te bzw. Illustrationen. Erscheinungsweise: monatlich, in je einer deutschen und englischen Ausgabe.

Abonnement unter: [fsopr@uni-bremen.de](mailto:fsopr@uni-bremen.de)

#### Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: [fsopr@uni-bremen.de](mailto:fsopr@uni-bremen.de)

#### Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen bieten eine monatliche Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: [Zentralasien-Analysen@dgo-online.org](mailto:Zentralasien-Analysen@dgo-online.org)

#### Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik sowie zur Ukraine. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: [fsopr@uni-bremen.de](mailto:fsopr@uni-bremen.de)